

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/9136 –**

Exportnation Deutschland mit regelbasierter Handelspolitik stärken, statt mit Forderungen zu überfrachten

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, eine Führungsrolle in der Europäischen Union einzunehmen und sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass verschiedene Freihandels- und Assoziierungsabkommen zügig zum Abschluss gebracht werden. Ziel müsse sein, Lieferketten weiter zu diversifizieren, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und die Resilienz der Wirtschaft Deutschlands und die der Europäischen Union zu erhöhen. Erforderlich sei, sich in den zu schließenden Freihandels- und Assoziierungsabkommen auf Handelsaspekte zu fokussieren und sich für offene Märkte sowie eine regelbasierte Handelspolitik einzusetzen. Die Abkommen dürften nicht mit Forderungen unterschiedlichster Art, beispielsweise den Nachhaltigkeitsbereich betreffend, überfrachtet werden. Auf jegliche Maßnahmen in der Außenwirtschaftspolitik müsse verzichtet werden, die deutschen Unternehmen den Export zusätzlich erschweren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/9136 abzulehnen.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Sebastian Roloff
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Sebastian Roloff

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/9136** wurde in der 135. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. November 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU hebt unter Hinweis auf die gescheiterten Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Australien sowie das zunehmend in Frage stehende Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Mitgliedstaaten hervor, dass die Bundesregierung endlich handelspolitisch erwachen und umdenken müsse. Es sei erforderlich, Handelsabkommen, die teilweise über Jahrzehnte verhandelt worden seien, nicht länger zu zerreden und mit übermäßigen Forderungen, so zum Beispiel mit sanktionsbewährten Mechanismen im Nachhaltigkeitsbereich, zu überfrachten und damit leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Die Europäische Union und Deutschland erhöhten ihren Einfluss auf Drittstaaten dadurch nicht. Vielmehr würden potenzielle Handelspartner in die Arme anderer Staaten getrieben, die sich mit Nachdruck darum bemühten, ihren Zugang zu Wachstumsmärkten auszubauen und attraktivere Angebote zu unterbreiten. Als eine der führenden Exportnationen der Welt und größte Volkswirtschaft in der Europäischen Union müsse Deutschland ein Interesse daran haben, sich für offene Märkte und eine regelgebundene internationale Ordnung einzusetzen. Durch den Abschluss verschiedener Freihandels- und Assoziierungsabkommen könnten Lieferketten weiter diversifiziert, einseitige Abhängigkeiten reduziert und die wirtschaftliche Resilienz der Europäischen Union und Deutschlands erhöht werden.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung deshalb auf, eine Führungsrolle in der Europäischen Union einzunehmen und sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, verschiedene Freihandels- und Assoziierungsabkommen zügig zum Abschluss zu bringen. Hierunter fielen insbesondere das Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Mitgliedstaaten, die zügige Ratifikation der Handelsabkommen mit Chile und Mexiko und die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Australien. Auch müssten ein Neustart der Verhandlungen über ein Handels-, Wirtschafts- und Investitionsabkommen mit den USA angestrebt werden und gleichzeitig im EU-US Trade and Technology Council (TTC) die transatlantischen Handelsbeziehungen gefestigt werden. Weiter fordert die Fraktion, die laufenden Vertragsverhandlungen der Europäischen Union, z. B. mit Indien und den ASEAN-Staaten (insbesondere Indonesien und Thailand) auf Augenhöhe zu führen. Zudem müssten im Rahmen einer neuen Afrika-Strategie die Perspektiven für Freihandelsabkommen mit afrikanischen Staaten vorbereitet werden. Eine weitere Forderung der Fraktion bezieht sich darauf, bis zum Abschluss neuer Handelsabkommen auf jegliche Maßnahmen in der Außenwirtschaftspolitik zu verzichten, die deutschen Unternehmen den Export zusätzlich erschwerten. Dies beziehe sich beispielsweise auf die aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU neuen exportfeindlichen und diskriminierenden Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien oder auf das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft angekündigte Ausfuhrverbot bestimmter Pflanzenschutzmittel. Auf die weiteren Forderungen im Antrag der Fraktion wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9136 in seiner 75. Sitzung am 16. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/9136 in seiner 78. Sitzung am 16. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/9136 in seiner 83. Sitzung am 16. Oktober 2024 abschließend beraten. Die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/9136 war zuvor in der 82. Sitzung am 9. Oktober 2024 einvernehmlich vertagt worden. Die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/9136 sollte ursprünglich in beiden Sitzungen gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11614 (Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Handels- und Außenwirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union (Handelsoffensivegesetz)) sowie dem Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Republiken Côte d'Ivoire (Drucksache 20/12199) und Ghana (Drucksache 20/12200) sowie der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC-WPA-Staaten; Drucksache 20/12201) und der Republik Zentralafrika (Drucksache 20/12202) beraten werden. Diese Vorlagen sind jedoch in der 82. und 83. Sitzung einvernehmlich vertagt worden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte die zentrale Bedeutung einer regelbasierten Handelspolitik für Deutschland als Exportnation. Die Bundesregierung habe sich in ihrer handelspolitischen Agenda dazu bekannt, Bezugs- und Absatzmärkte zu diversifizieren. Hierfür seien zu schließende Handelsabkommen nicht nur mit afrikanischen Staaten von besonderer Bedeutung. Von besonderer Wichtigkeit sei, das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten voranzubringen. Hiergegen hätten zuletzt die Landwirte in Frankreich protestiert. Die Fraktion der CDU/CSU frage sich, ob es eine Neuauflage der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien geben solle, und ob es bei den Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Chile und auch mit Indien einen Zeitplan gebe.

Die **Fraktion der SPD** merkte an, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien seien vor allem an Frankreich gescheitert. Die Unstimmigkeiten über den Zugang zu europäischen Märkten für australische Agrarprodukte hätten insbesondere bei den Franzosen nicht ausgeräumt werden können. Vor dem Hintergrund einer geschwächten Welthandelsorganisation und der Notwendigkeit einer fairen, regel- und wertebasierten Handelspolitik sei ein geschlossenes Handeln der Europäischen Union unabdingbar. Die Fraktion der SPD sei davon überzeugt, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene den Weg für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Australien ebnen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, die Ratifizierung des CETA-Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada sei ein wichtiger Schritt für die Freihandelspolitik der Europäischen Union und die europäisch-kanadischen Beziehungen. Es sei gelungen, das Abkommen in den Verhandlungen deutlich zu verbessern. Der eingeschlagene Weg für eine faire und nachhaltige Handelspolitik sei der richtige. Hinsichtlich der Forderung der Fraktion der CDU/CSU nach einem Investitionsschutzabkommen mit Vietnam seien die engen Verbindungen Vietnams zu China und Russland kritisch zu sehen und es sei fraglich, ob ein solches Abkommen dauerhaft Bestand hätte. In Bezug auf die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten stelle sich die Fraktion die Frage, ob Waldschutz- und Nachhaltigkeitskapitel in dem Abkommen nun verankert werden könnten. Zudem sei von Interesse, welche Potenziale die Bundesregierung in den geschlossenen Energie-, Klima- und Rohstoffpartnerschaften zwischen der Europäischen Union und Australien sehe.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich den Ausführungen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Entwicklung der Europäischen Union müsse stärker in den Fokus der Debatten gerückt werden. Insbesondere der politische Einfluss von Interessengruppen, wie der französischen Agrarlobby, stelle langfristig ein Risiko für den Abschluss von Freihandelsabkommen dar. Es müsse berücksichtigt werden, dass die Landwirtschaft in Frankreich unter 2 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beitrage. Es könne nicht sein, dass der Abschluss bedeutender Freihandelsabkommen – sei es mit Australien oder den Staaten des Mercosur – von der Frage des Imports von einigen hunderttausend Tonnen Rindfleisch abhängten.

Die **Fraktion der AfD** hob die Bedeutung von Handelsabkommen hervor. Gleichwohl müsse in den Verhandlungen über Freihandelsabkommen bedacht werden, dass der Landwirtschaftssektor, auch wenn er nicht groß sei, besonders in Krisenzeiten für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln Systemrelevanz habe. Die Fraktion der AfD sehe diesen Punkt insbesondere in den Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten als nicht ausreichend berücksichtigt an. Unabhängig hiervon gehe der Antrag der Fraktion der CDU/CSU in die richtige Richtung. Insbesondere dürften Freihandelsabkommen nicht mit Nachhaltigkeitsforderungen überfrachtet werden und einem Abschluss entgegenstehen.

Die **Gruppe Die Linke** stellte klar, dass sie eine regelbasierte Handelspolitik grundsätzlich unterstütze. Die internationale Handelspolitik werde jedoch oft zu Ungunsten von Entwicklungsländern ausgestaltet. Diese Länder würden in der globalen Weltwirtschaft benachteiligt, da sie kaum Zugang zu den Vorteilen des Welthandels erhielten. Es sei deshalb notwendig, neue Ansätze im Handel zu finden, die es insbesondere Ländern am unteren Rand der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ermögliche, sich fair und gleichberechtigt in den globalen Handel einzubringen. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU berücksichtige diese Problematik nicht ausreichend.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/9136.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Sebastian Roloff
Berichterstatter

